

Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema „VVS-Tariferhöhungen 2018“ zur baldmöglichsten Behandlung im UVA und Kreistag

Der Kreistag fordert den Landrat auf, im Aufsichtsrat des VVS gegen eine Preiserhöhung zum 01.01.2018 zu stimmen.

Nachgewiesene Kostensteigerungen der Verkehrsunternehmen gemäß den Regelungen der indexbasierten Kostenrechnungen sind aus öffentlichen Mitteln zu erstatten, wobei Zusatzeinnahmen aus Fahrgastzuwächsen anzurechnen sind.

Begründung

Angesichts der bestehenden erheblichen Qualitätsmängel insbesondere im S-Bahn-Verkehr aber auch bei vielen Busangeboten in der Fläche sind weitere Preiserhöhungen für den ÖPNV nicht gerechtfertigt.

Darüberhinaus sind seit 2010 wesentliche Kosten für PKW kaum gestiegen bzw. im Einzelfall sogar reduziert. So stiegen die Kraftstoffpreise im Vergleich zu 2010 minimal bzw. sanken sogar (Benzin +1,4%, Diesel – 5,3%; Quelle: Statistisches Bundesamt, Daten zur Energiepreisentwicklung, Stand 09/2015).

Eine weitere Fahrpreiserhöhung würde von den Nutzern des ÖPNVs sowie von potentiellen Neukunden als absolut nicht angebracht empfunden werden und von der Nutzung des ÖPNVs abschrecken.